

V1132/23

Jobcenter - Arbeitsmarktprogramm 2024
(Referent: Herr Fischer)

Antrag:

1. Das als Anlage beigefügte Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters für das Jahr 2024 wird beschlossen.
2. Sollten dem Jobcenter weitere Bundesmittel zugeteilt werden, werden auch diese Mehrausgaben genehmigt. Die Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe gedeckt.
3. Das Arbeitsmarktprogramm ist für den Einkauf von Arbeitsmarktdienstleistungen zugleich Projektgenehmigung im Sinne der Geschäftsordnung.
4. Um auf Änderungen der Arbeitsmarktsituation zeitnah reagieren zu können, kann der finanzielle Umfang der jeweiligen Arbeitsmarktinstrumente durch die Verwaltung innerhalb des Gesamtbudgets des Jobcenters verändert werden, ohne dass es eines erneuten Beschlusses eines Stadtratsgremiums bedarf.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	01.02.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	20.02.2024	Vorberatung
Stadtrat	29.02.2024	Entscheidung

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 01.02.2024

Herr Fischer führt aus, dass er zur vorliegenden Beschlussvorlage die aktuelle Fördermittelsituation des Jobcenters ergänzend darstellen möchte. Im vorliegenden Beschluss habe man bereits vorgesehen, dass, wenn sich die Mittelzuteilung durch den Bundeshaushalt ändern sollte, der Stadtrat trotzdem seine Zustimmung für den Einsatz aller für die Förderung von Arbeitssuchenden zur Verfügung stehenden Mittel gebe. Herr Fischer teilt mit, dass in diesem Jahr die besondere Herausforderung bestehe, dass der Bundeshaushalt noch nicht beschlossen sei. Am heutigen Tag sei der Haushalt des Bundesarbeitsministeriums im Bundestag beraten worden. Von daher könne man nun relativ belastbar sagen, was in der Sitzung des Bundestags am 02.02.2024 hinsichtlich des Haushalts beschlossen werde. Herr Fischer erwähnt, dass sich bei der Erstellung der vorliegenden Beschlussvorlage im November 2023 noch eine Mittelkürzung abgezeichnet habe. Zum damaligen Zeitpunkt sei befürchtet worden, dass man statt der im Vorjahr zur Verfügung stehenden 12,1 Millionen Euro im Jahr 2024 nur noch ein Gesamtbudget in Höhe von 11,6 Millionen Euro haben werde. Nach den Beratungen des Haushaltsausschusses des Bundestags seien allerdings noch einmal zusätzliche Ausgabereste zusammengezogen worden, die aus dem letzten Jahr des Bundeshaushaltes stammen, sodass man diese Mittel nun für das Jahr 2024 einsetzen könne. Aufgrund dessen müsse die Stadt Ingolstadt auch

mit keiner Mittelkürzung für das Jahr 2024 rechnen, sondern man erhalte erfreulicherweise im Vergleich zum Jahr 2023 sogar eine Mittelerhöhung. Dabei umfasse das aktuelle Gesamtbudget, das man vom Bund für die Arbeit des Jobcenters zur Verfügung gestellt bekomme, rund 12,5 Millionen Euro. Zum Teil benötige man diese Mittel natürlich auch, um die Personalkostensteigerungen aufgrund der Tarifsteigerungen bei den eigenen Mitarbeitenden umzusetzen, erklärt Herr Fischer. Jedoch werde man mit diesem Geld kein zusätzliches Personal einstellen. Insofern könne man die Mittel, die nicht für die Personalkosten benötigt werden, für zusätzliche Fördermaßnahmen für Arbeitssuchende einsetzen. Grundsätzlich versuche man bei der Aufstellung des Arbeitsmarktprogramms mehr Maßnahmen zu planen, als eigentlich finanzierbar wären, schildert Herr Fischer. Nun sehe es allerdings sehr gut aus, dass man die von fachlicher Seite geplanten Maßnahmen doch allesamt finanzieren könne.

Stadträtin Segerer erwähnt, dass sie wieder einmal sehr angetan von der Darstellung der Zielgruppen und der entsprechenden Förderinstrumente im vorliegenden Arbeitsmarktprogramm sei. Dabei sei das Arbeitsmarktprogramm bereits so aufgestellt, dass man die jeweilige Förderung so individuell wie möglich gestalten könne. Vor allem im Bereich der unter 25-Jährigen sei dies besonders wichtig, da man es sich aufgrund der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt auf gar keinen Fall leisten könne, diese Zielgruppe nicht auszubilden beziehungsweise ohne Qualifizierung zu lassen. Dies bringe Stadträtin Segerer nun zu ihrer Frage. Im Arbeitsmarktprogramm werde unter anderem auch die Jugendberufsagentur erwähnt, die es bereits seit mindestens 2 Jahren gebe. Stadträtin Segerer möchte hierzu in Erfahrung bringen, wie es in diesem Bereich mit der Implementierung vorangeschritten sei und wie sich der Zugang gestalte beziehungsweise wie das Angebot der Jugendberufsagentur in Anspruch genommen werde.

Frau Müller führt aus, dass es die Jugendberufsagentur an sich schon seit dem Jahr 2017 gebe. Seit zwei Jahren sei diese Agentur nunmehr mit eigenem Personal ausgestattet worden. Davor habe es sich immer um eine Art Rucksackaufgabe gehandelt, die von den Kolleginnen und Kollegen des Jobcenters und des Amtes für Jugend und Familie, mit übernommen worden sei. Insofern gebe es nun seit zwei Jahren zwei Kolleginnen, die sich mit einer Stundenanzahl von jeweils 19,5 Stunden um diese Aufgabe kümmern. Frau Müller teilt mit, dass diese Jugendberufsagentur ganz hervorragend angenommen werde. So seien die beiden Kolleginnen ständig beschäftigt und auch viel an den Orten im Stadtgebiet unterwegs, an denen sich die Jugendlichen aufhalten wie zum Beispiel in den Stadtteiltreffs. Die Hauptaufgabe der Jugendberufsagentur bestünde darin, dass man die Jugendlichen erreiche, die den Weg zum Jugendamt, dem Jobcenter oder auch zu der Berufsberatung der Agentur für Arbeit nicht finden würden. Mittlerweile habe man auch ein Lastenrad für diesen Aufgabenbereich angeschafft, wofür vom Amt für Jugend und Familie entsprechende städtische Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt worden seien. Zudem besitze die Jugendberufsagentur auch einen eigenen Instagram-Kanal, berichtet Frau Müller. Einem aktuellen Bericht zufolge kümmern sich die Kolleginnen derzeit um rund 70 Fälle. Dies höre sich im ersten Moment nach einer hohen Fallzahl an, allerdings übernehme die Jugendberufsagentur lediglich eine Lotsenfunktion, erklärt Frau Müller. Dies bedeute, dass die Kolleginnen Jugendliche oder auch deren Eltern dahingehend beraten, welche Institution für den individuellen Beratungs-, Unterstützungs- oder Förderbedarf der richtige Ansprechpartner ist. Dabei handle es sich um einmalige oder auch wiederkehrende Beratungen, die die Jugendberufsagentur vornehme. Abschließend teilt Frau Müller mit, dass man bis zum Sommer dem Stadtrat gegenüber vielleicht einen entsprechenden Bericht geben könne, der sich mit den in der Jugendberufsagentur betreuten Fällen beschäftige.

Stadträtin Segerer ist der Meinung, dass 70 Fälle gar nicht so wenig seien, wenn man bedenke, von welcher Zielgruppe man hier spreche. So handle es sich bei dieser Gruppe wirklich um diejenigen, die nur sehr schwer zu erreichen seien. Zudem benötige man auch einen gewissen Vorlauf, um so eine neue Einrichtung bekannt zu machen. Von daher ist Stadträtin Segerer der Ansicht, dass 70 Fälle schon ganz ordentlich seien.

Stadtrat Werner führt aus, dass es sich bei der Stadt Ingolstadt um die Großstadt mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland handle. In Anbetracht dessen sei es eine ganz tolle Sache, wenn man trotzdem noch einmal für diesen Bereich zusätzliche Mittel zur Verfügung habe. Stadtrat Werner habe bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, wie gut es sei, dass im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms Ausbildungen für Betreuerinnen und Betreuer in Kindertageseinrichtungen stattfinden. Nach dem vorliegenden Arbeitsmarktprogramm 2024 seien auch in diesem Jahr hierfür wieder zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorgesehen, die zur staatlichen Prüfung vorbereitet werden. Hierzu möchte Stadtrat Werner in Erfahrung bringen, ob es bereits Teilnehmerinnen oder Teilnehmer dieser Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Kinderpflege gebe, die sich in den städtischen Kindertageseinrichtungen im Einsatz befinden würden. Sollte dies der Fall sein, könnte man nämlich auch dem Jobcenter bescheinigen, einen Beitrag zur Entspannung der Personalsituation in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen geleistet zu haben. Stadtrat Werner schildert, dass sich die Personalsituation in diesem Bereich generell aufgrund der in den letzten zwei Jahren zahlreich erfolgten Anstrengungen der Verwaltung etwas entspannt habe. Allerdings sei man bei diesem Thema noch lange nicht so weit, dass man nichts mehr unternehmen müsste. Aus diesem Grund begrüße es Stadtrat Werner, dass auch im vorliegenden Arbeitsmarktprogramm wieder entsprechende Mittel vorgesehen seien.

Stadträtin Mader schildert, dass das vorliegende Arbeitsmarktprogramm ein großes Angebot für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stelle. Dabei versuche das Jobcenter eigentlich alle Menschen an die Hand zu nehmen, um sie in Arbeit zu bringen. Auch Stadträtin Mader möchte vor allem die enorme Wichtigkeit des Angebots für junge Menschen unter 25 Jahren hervorheben. Hierbei helfe das Jobcenter jungen Leuten einen Schulabschluss zu machen und anschließend einen Ausbildungsplatz zu finden. Mit dieser Maßnahme zeige man diesen Menschen, dass sie einen Lebensraum verwirklichen können, in dem sie einen Arbeitsplatz beziehungsweise zuerst einen Ausbildungsplatz finden und in die Arbeit gehen. Gleichzeitig helfe man diesen Personen auch dabei, einen Platz in ihrem Leben zu finden. Von daher handle es sich hierbei um eine große Aufgabe, die das Jobcenter hier erfülle, erklärt Stadträtin Mader. Deshalb begrüße sie es, dass eine solche Maßnahme zusätzlich zu allen anderen Angeboten, die natürlich genauso wichtig seien, vom Jobcenter angeboten werde.

Hinsichtlich der Frage von Stadtrat Werner teilt Frau Müller mit, dass sie die entsprechenden Daten abfragen müsse. Sollten Leistungsberechtigte eine Arbeit aufnehmen, zähle dies für das Jobcenter grundsätzlich immer als eine Integration, auch wenn dies nach einer entsprechenden Maßnahme erfolge. Von daher werde diese Integration auch entsprechend verzeichnet. Frau Müller sichert zu, dass sie etwaige Informationen hierzu nachreichen werde.

Herr Fischer erwähnt, dass man diese Informationen eventuell schon zum Protokoll nachreichen könne. Darüber hinaus seien am gestrigen Tag die aktuellen Arbeitslosenzahlen veröffentlicht worden. Herr Fischer habe sich dabei auch die Zahlen von den Städten angesehen, mit denen die Stadt Ingolstadt sozusagen im Wettbewerb um die Großstadt mit der niedrigsten Arbeitslosenquote stehe. Hierbei habe Stadtrat Werner mit seiner vorherigen Aussage recht, dass die Stadt Ingolstadt mit einer derzeitigen Arbeitslosenquote von 3,6 Prozent die Großstadt mit der niedrigsten Arbeitslosenzahl sei. Zum Vergleich liege die aktuelle Arbeitslosenquote der Stadt Regensburg bei 4,2 Prozent und die der Stadt Erlangen bei 4,4 Prozent.

Protokollanmerkung vom Referat für Soziales, Jugend und Gesundheit:

Auswertung der vom Jobcenter geförderten Qualifizierung zur staatlich anerkannten Kinderpflegerin: Von dreizehn Teilnehmerinnen haben acht die Abschlussprüfung bestanden. Alle acht arbeiten seither als Fachkraft in Ingolstädter Kindertagesstätten, davon drei in städtischen Einrichtungen und fünf bei freien Trägern. Eine Teilnehmerin hat die Qualifizierung wegen eines Wohnortwechsels nicht abgeschlossen.

Stadtrat Dr. Kern berichtet, dass auch er sich im Vorfeld zur heutigen Sitzung mit den am heutigen Tag veröffentlichten Arbeitslosenzahlen beschäftigt habe. Auch wenn man nach den aktuellen Zahlen momentan bei der Arbeitslosenquote noch ein kleines Stück besser dastehe als andere Städte, sei man trotzdem gut beraten, wenn man immer wieder alle Energie in den Aufgabenbereich des Jobcenters stecke. Insofern sei die am heutigen Tag veröffentlichte Statistik zwar schön, aber damit man auch in Zukunft im Bereich der Arbeitslosenzahlen gut bleibe, bittet Stadtrat Dr. Kern darum, weiter volle Kraft zu geben und dabei jeden jungen und alten Menschen an die Hand zu nehmen. Von daher seien in diesem Bereich die Aufgaben für die Zukunft groß, weshalb man mit vollem Schwung weiter machen sollte, auch wenn nicht immer alle Maßnahmen in der entsprechenden Statistik erfasst werden, erklärt Stadtrat Dr. Kern.

Wie Frau Müller sehen könne, betrachten die Stadratsmitglieder die Maßnahmen des Jobcenters sehr genau, führt Bürgermeisterin Kleine aus. Umso erfreulicher sei deshalb das durchweg positive Feedback des Stadtrats, dem sie sich auch gerne anschließe.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.